



# DER DISKURS UND SEINE BLÜTEN



Von  
STEFAN LUFT

Viele Migrationsforscher sind Akteure im politischen Kampf geworden. Sie verfolgen gesellschaftliche Ziele. Um den Austausch von Argumenten geht es schon lange nicht mehr

**D**ie meisten Flüchtlinge, die nach der Öffnung der Grenze im Herbst vergangenen Jahres in dieses Land gekommen sind, werden mittelfristig bleiben. Damit gewinnen die Fragen, wie Migration gesteuert und wie Integration gestaltet werden kann, neue Aktualität. Die vorherrschende Antwort der deutschen Migrationsforschung ist eindeutig: Deutschland müsse sich nun endlich offen zum Einwanderungsland erklären und sich entsprechend verhalten.

Einer der Wortführer der Migrationsforschung ist der mittlerweile emeritierte Osnabrücker Historiker Klaus J. Bade. Dieser nutzte jüngst die Zeitschrift des von ihm gegründeten Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), um anlässlich der 25-Jahr-Feier mit der Politik im Allgemeinen, dem Bundesinnenministerium sowie den Ressortchefs von Friedrich Zimmermann (CSU) bis Thomas de Maizière (CDU) im Besonderen abzurechnen. Sein Feindbild ist klar: Christdemokratische Wahlkämpfer, die auf „demagogisch wahltaktische Manöver“ setzen, Politiker von CDU und CSU, die unter „Zuwanderungsphobien“ leiden; Minister mit „grotesker Inkompetenz im Blick auf Migrationsprozesse“, ein Innenministerium mit einem „minderheitenfeindlich denunziativen“ Fehlverhalten. Kurzum: „ratlose Politiker“, die sich ihrer politischen Mission durch „aggressives Desinteresse“ entzogen haben.

Bade war über Jahrzehnte einer der einflussreichsten Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik, der klassische Fall eines politisierenden Historikers. Er war ein guter Netzwerker und erfolgreicher Wissenschaftsmanager. Auf sein Betreiben hin entstanden im Jahr 1998 der Rat für Migration und zehn Jahre später der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR). Sieben der finanzkräftigsten Unternehmensstiftungen, unter ihnen die Volkswagen-, die Bertelsmann- und die Robert-Bosch-Stiftung, gewannen Bade als Träger und Geldgeber. Als Initiator und langjähriger Direktor des SVR war

er einer der mächtigsten Wortführer seiner Zunft.

Das Mantra der Mission Bades lautet bis heute: Deutschland ist ein Einwanderungsland. In den achtziger und neunziger Jahren stieß ein solches Bekenntnis bei Bundesregierungen auf skeptische Reaktionen. Die Bundesrepublik wollte sich nicht noch attraktiver machen für Zuwanderer, als sie es ohnehin schon war. Deutschland hatte nach der Anwerbung von Gastarbeitern seit den fünfziger Jahren erlebt, wie schwierig es für liberale Rechtsstaaten in der Folge ist, einmal in Gang gesetzte Wanderungsprozesse zu steuern. Ähnliches galt auch für die Zuwanderungspfade Familiennachzug und Asyl. Sie waren und sind stark verrechtlicht und lassen sich kaum steuern. Hinzu kam, dass zu Beginn der neunziger Jahre rund eine Million arbeitslose ausländische Staatsangehörige in Deutschland lebten. Allein deshalb schien eine arbeitsmarktorientierte Einwanderungspolitik nicht plausibel.

DAS MANTRA WURDE und wird nicht in Zweifel gezogen. Dabei stellen sich weiterhin drei Fragen: Sollte sich erstens ein Land, das in der Mitte Europas liegt und kleiner ist als viele US-Bundesstaaten, quasi offiziell zum Einwanderungsland erklären? Und wäre für eine solche Selbstdefinition nicht zweitens die Zustimmung der aufnehmenden Gesellschaft unverzichtbar? Hinzu kommt: Alle klassischen Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien sind liberale Wohlfahrtsstaaten, mit vergleichsweise wenigen Anspruchsberechtigten und niedrigen Leistungen – insbesondere für Einwanderer. Will sich Deutschland also drittens daran orientieren?

Eine Debatte sind alle diese Fragen wert. Aber allein solche Fragen zu stellen, wird im politischen Diskurs mittlerweile als vorgestrig und als erledigt abgetan. Intellektuell genügend ist dies nicht.

Welche Blüten der Migrationsdiskurs mittlerweile treibt, zeigt das intellektuelle Furioso, in das sich zum Beispiel der Bochumer Soziologe Ludger Pries hineinsteigert. Ebenfalls in der Hauszeitschrift des IMIS erhob er im vergangenen Jahr



die Forderung nach „Aufarbeitung des Unrechts, welches mit dem Schlachtruf ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘ Millionen von Zuwanderern zugefügt wurde“. Nach dem Unrecht des Dritten Reiches und dem Unrecht der DDR soll es nun also ein neues Unrecht geben. Es bleibt indes völlig unklar, welches Unrecht da eigentlich gemeint ist.

Doch um den Austausch von Argumenten geht es längst nicht mehr. Wissenschaftler wie Bade und viele seiner Mitstreiter sind zu Akteuren im politischen Kampf geworden. Sie haben jede wissenschaftlich gebotene Zurückhaltung aufgegeben. Dabei wäre diese allein deshalb angebracht, weil die wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit Migration und Integration sowie deren Steuerung befassen, zu keinen einheitlichen Positionen kommen – und dies nicht nur deshalb, weil sie partiell interessengeleitet oder ideologiegetrieben wären. Allein aus der Logik ihres Faches heraus kommen Ökonomen, Soziologen, Bevölkerungswissenschaftler, Historiker, Politologen oder Rechtswissenschaftler zu völlig unterschiedlichen Antworten. Zudem gibt es zu konkreten politischen Maßnahmen, wie etwa zu einem bestimmten Staatsangehörigkeitsrecht oder zu einem Punktesystem bei der Steuerung arbeitsmarktbezogener Zuwanderung in der Wissenschaft immer unterschiedliche Positionen.

DIE INTEGRATIONSPOLITIK ist ein weiteres Feld. Die politisch engagierten Migrationsforscher verfolgen auf diesem Feld gesellschaftspolitische Ziele. Unter dem Motto „Demokratie statt Integration“ lehnen die einen die Forderung nach Integration von Zuwanderern und deren Nachkommen grundsätzlich ab. Sie sei repressiv und schränke damit illegitimerweise die Freiheit der Betroffenen ein. Andere plädieren dafür, zumindest von der Vorstellung, dass sich Zuwanderer an die Aufnahmegesellschaft angleichen müssten, abzurücken. Dabei war diese Politik in Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten vergleichsweise erfolgreich. Ludger Pries benennt stattdessen die „multikulturelle Integration“,

**Deutschland hat erlebt, wie schwierig es für liberale Rechtsstaaten ist, einmal in Gang gesetzte Wanderungsprozesse zu steuern**

**Je länger die Politik die politische Agenda dieser Migrationsforscher ignoriert, desto dramatischer wird sie Schiffbruch erleiden**

also die „Einladung zur Teilnahme an allen für wichtig erachteten gesellschaftlichen Aktivitäten und Bereichen“ sowie die „Vielfalt unterschiedlicher Kulturen“ zum neuen Ziel der Integrationspolitik.

Beiden Positionen ist gemein: Aufnahmelandbezogene Kenntnisse und Fertigkeiten werden in ihrer Bedeutung relativiert. Mitgebrachte ethnisch-kulturelle Orientierungen sollen eine sehr viel größere Rolle spielen können als bisher. Und: Den Mehrheiten in den Aufnahmegesellschaften wird weitgehend das Recht abgesprochen, die Grundlagen des Zusammenlebens zu definieren. „Verhandeln“ und „Einladen“ lauten die dazugehörigen Schlüsselbegriffe.

ES HANDELT SICH DABEI nicht allein um akademische Lyrik. Es geht vielmehr um Politik. Der Ausruf Katrin Göring-Eckardts auf dem Grünen-Parteitag im November 2015: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“ lässt erkennen, dass auch diesmal die Grünen die Zeichen der Zeit als Erste erkannt haben.

Tatsächlich wird es nach dem ungesteuerten Zuzug des Jahres 2015 für das Zusammenleben und den inneren Frieden in Deutschland von großer Bedeutung sein, ob sich die Politik in Richtung Multikulturalismus verschiebt. Die Erfahrungen in Großbritannien und den Niederlanden zeigen allerdings: Die Folge wären mehr Konflikte und mehr Ungleichheit. Der Einfluss von Gruppenzugehörigkeit und die Macht der Identitätswächter nähmen zu. Die Freiheit, sich für oder gegen die eigene Herkunftsgruppe zu entscheiden, nähme ab.

Der Soziologe Ruud Koopmans etwa stellt fest: Multikulturelle Politikansätze, die Migranten einerseits einen leichten Zugang zu gleichen Rechten gewähren sowie andererseits keine starken Anreize setzen, die Sprache des Aufnahmelandes zu erlernen und interethnische Kontakte zu pflegen, führen in der Kombination mit großzügigen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zu einer geringen Erwerbsbeteiligung und einer starken Segregation. Dabei scheint eines offensichtlich: Ohne eine grundlegende und manchmal

auch schmerzhaft Anpassungsleistung der Migranten hinsichtlich Sprache, eine Reihe von kulturellen Fertigkeiten, die über die Familie und die Bildungseinrichtungen vermittelt werden, ohne eine Anerkennung der Rechtsordnung und des staatlichen Gewaltmonopols sowie ohne eine Absage an jede Form der Selbstjustiz wird der innere Frieden in Deutschland Schaden nehmen. Warum erkennen das die Protagonisten nicht?

Vielleicht liegt es daran, dass die Migrationsforschung in Deutschland von Gesinnungseliten dominiert wird, die durch ihren missionarischen Habitus und ihren aggressiven Moralismus eine wissenschaftliche Debatte unmöglich machen. Klaus J. Bades Verdikte verhindern in der Konsequenz den Austausch rationaler Argumente, und so schlägt Aufklärung in die „Herrschaft der Sinnvermittler und Sinnproduzenten“ (Helmut Schelsky) um. Die Kluft zwischen den Eliten und der Bevölkerung, die sich durch die Grenzöffnung weiter vergrößert hat, wird durch das Freund-Feind-Denken in der Debatte über Migrationssteuerung und Integrationspolitik weiter vergrößert. Und ein Ende dieser Polarisierung ist nicht in Sicht, solange zum Beispiel der Direktor des IMIS, Andreas Pott, sich und seine Mitstreiter „intrinsisch motivierte Überzeugungstäter“ nennt.

Je mehr die Politik jedoch den Beuerungen wissenschaftlicher Objektivität Glauben schenkt und je länger sie die offensichtliche politische Agenda dieser Migrationsforscher ignoriert, desto dramatischer wird sie Schiffbruch erleiden. Im Jahr 2015 hat sich Deutschland jedenfalls grundsätzlich anders verhalten als alle klassischen Einwanderungsländer. Die USA, Kanada und Australien haben in den vergangenen Monaten jeweils weniger Syrienflüchtlinge aufgenommen als Deutschland an zwei Tagen im Herbst 2015.



STEFAN LUFT ist Politikwissenschaftler an der Universität Bremen. Im März erschien sein Buch „Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen“

## FRAU FRIED FRAGT SICH ... ... ob Macht und Menschlichkeit zusammenpassen



Ein paar Wochen jährt sich der Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel wahlweise eine historische Fehlentscheidung getroffen oder Empathie mit Menschen in höchster Not gezeigt hat: der 4. September 2015. Damals hat sie – ohne das Parlament zu befragen – entschieden, die in Ungarn festsitzenden Flüchtlinge nach Deutschland weiterreisen zu lassen. Kurz zuvor hatte sie dem palästinensischen Flüchtlingsmädchen Reem noch kühl erklärt, es könne eben nicht jeder hierbleiben. Dann ging das Bild eines ertrunkenen Flüchtlingsjungen um die Welt, einem von Tausenden Menschen, die ihre Flucht übers Mittelmeer nicht überlebt haben. Niemand weiß, was Angela Merkel den entscheidenden Impuls gegeben hat, aber an den dramatischen Tagen im September 2015 hat sie – unabhängig davon, ob es politisch klug war oder nicht – Menschlichkeit gezeigt.

Es wird ja immer viel darüber spekuliert, ob Frauen anders mit Macht umgehen als Männer. Auch in diesem Fall wurde gerätselt, ob die Tatsache eine Rolle gespielt habe, dass Merkel eine Frau sei (und damit nach allgemeiner Auffassung gefühlvoller). Ich vermute aber, hier geht es ausnahmsweise mal nicht um eine Genderfrage. In der Politik kann man es – egal, ob Mann oder Frau – wohl nur zu etwas bringen, wenn man relativ frei von Empathie ist. Denken wir an Thomas de Maizière, der nach Schließung der Balkanroute für Flüchtlinge sagte, man müsse eben jetzt „ein paar Wochen harte Bilder aushalten“. AfD-Aufsteiger Alexander Gauland empfahl, sich „nicht von Kinderaugen erpressen zu lassen“, seine Parteikollegin Beatrix von Storch äußerte, notfalls müsse man auch auf Frauen und Kinder schießen, um die Grenzen zu sichern. Dass Frauen die mitfühlenderen Politiker seien, ist ein Märchen, und spätestens seit Margaret Thatcher, der „eisernen Lady“ der Briten, hinlänglich widerlegt.

Bis zum September 2015 war auch Merkel eine empathiefreie Politikerin und deshalb so erfolgreich. Dieser vermeintlich schwache, empathische Moment war es, der sie angreifbar gemacht hat. Die Frage ist deshalb nicht, ob weibliche Macht anders oder besser ist als männliche, sondern ob Macht und Menschlichkeit vereinbar sind.

Mangel an Empathie ist übrigens eines der Kriterien, an dem die Wissenschaft Psychopathen erkennt. Diese sind oft besonders erfolgreich und erreichen häufig Top-Positionen in Wirtschaft und Politik. Das erklärt sicher einiges über den Zustand unserer Welt.

AMELIE FRIED ist Fernsehmoderatorin und Bestsellerautorin. Für Cicero schreibt sie über Männer, Frauen und was das Leben sonst an Fragen aufwirft